

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

Einladung

Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung

Sitzungstermin: Donnerstag, 22.01.2015, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Verwaltungsstab im Brandschutz- und Rettungsamt, Erich-Schlesinger-Straße 24, 18059 Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.01.2015
- 4 Informationsvorlagen
- 4.1 Standortprüfung für Nachbarschaftsgärten in der Hansestadt Rostock **2014/IV/0562**
- 4.2 Ausweisung von Wagenplätzen in der Hansestadt Rostock **2015/IV/0575**
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Erweiterung des Geländes Friedhofsstraße/Stampfmüllerstraße
- 5.2 Bericht des Brandschutz- und Rettungsamtes
- 5.3 Informationen

Andreas Engelmann
Ausschussvorsitzender

Informationsvorlage	Datum:	18.12.2014
Federführendes Amt:	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter:	bet. Senator/-in:	
Standortprüfung für Nachbarschaftsgärten in der Hansestadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.01.2015	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Mit Beschluss der Bürgerschaft 2013/AN/4774 vom 04.09.2013 wurde der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, an welchen Standorten und in welcher Form städtische, ungenutzte Grünflächen als so genannte Nachbarschaftsgärten angeboten werden könnten. Dabei soll dargestellt werden, inwieweit Nutzung gegen Pflege anstelle finanzieller Aufwendungen möglich ist.

Im Rahmen der Prüfung fand am 21.01.2014 im Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt eine Gesprächsrunde statt, an der 2 Vertreter der Initiativegruppe Nachbarschaftsgärten in Rostock und der Stadtteilmanager Toitenwinkel teilnahmen.

Es wurde der Initiativegruppe mitgeteilt, dass öffentliche Grünflächen für das Projekt grundsätzlich nicht geeignet sind, da diese Flächen dann nicht mehr den Anforderungen an den widmungsgemäßen Allgemeingebrauch genügen. Aus diesem Grunde wurden Standorte geprüft, die durch das Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt bewirtschaftet werden. Weiterhin wurde die Zusammenarbeit mit den „Internationalen Gärten“ angeregt.

1. Standortsuche

Die Initiativegruppe sucht zunächst ausschließlich Flächen im Nordosten von Rostock, da die bisherigen Interessenten für dieses Projekt aus den Stadtteilen Dierkow und Toitenwinkel kommen.

Es wurde eine ämterübergreifende Prüfung für 5 Standorte durchgeführt. Im Ergebnis dieser Prüfung kommen 3 Standorte in Betracht, die für eine gärtnerische Zwischennutzung für die Dauer von ein bis zwei Vegetationsperioden grundsätzlich geeignet sind. Es handelt sich um folgende Standorte:

1. Flurbezirk VI, Flur 1, Teilflächen aus den Flurstücken: 12/36, 12/27, 5/52 und 27/3
Zum Lebensbaum 15, Freifläche ehemalige KITA
2. Flurbezirk VI, Flur 1, Teilfläche aus Flurstück 9/16
Pablo-Neruda-Straße
3. Flurbezirk IV, Flur 1 Teilfläche aus Flurstück 9/22

Pablo-Neruda-Straße

Weitere zielführende Gespräche mit der Initiativgruppe sind erforderlich ebenso die Konkretisierung der von der Initiativgruppe vorgelegten, noch sehr allgemein gefassten, Konzeption.

Im Juli 2014 wurde die Initiativgruppe zuletzt angeschrieben und zur Teilnahme und Mitarbeit in der Projektgruppe „Umnutzung leerstehender Parzellen in Kleingartenanlagen“ im Rahmen des „Zukunftsforums Kleingärten in der Hansestadt Rostock“ eingeladen. Darauf erfolgte keine Reaktion. Seitens der Hansestadt Rostock wird versucht, zu klären, ob weiterhin Interesse an der Umsetzung des Projektes „Nachbarschaftsgärten in Rostock“ besteht.

2. Finanzielle Auswirkungen / Nutzung gegen Pflege

Über die Konditionen der Nutzung kann erst verhandelt werden, sobald ein konkreter Standort für das Projekt gefunden wurde.

Roland Methling

Anlage:

Beschluss 2013/AN/4774

Informationsvorlage	Datum:	06.01.2015
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
Beteiligte Ämter:	bet. Senator/-in:	
Ausweisung von Wagenplätzen in der Hansestadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
20.01.2015	Hauptausschuss	Kenntnisnahme
22.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Kenntnisnahme
17.02.2015	Bau- und Planungsausschuss	Kenntnisnahme
25.02.2015	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Dem Hauptausschuss werden folgende Informationen über den Sachstand zur Ausweisung von Wagenplätzen in der Hansestadt Rostock zur Kenntnis gegeben:

Im Ergebnis einer materiell-rechtlichen Prüfung wurde festgestellt, dass der Wagenplatz auf dem bestehenden Standort Satower Straße derzeit planungsrechtlich unzulässig ist. Ein dauerhafter Verbleib in der jetzigen Form ist daher nicht möglich.

Der Senator für Bau und Umwelt hat mit Schreiben vom [27.08.2014](#) festgelegt, dass einer Duldung der übergangsweisen Nutzung des Grundstückes in der jetzigen Form nichts entgegen steht.

Im Rahmen von Ämterrunden wurden mögliche Flächen einer ersten Prüfung für eine ggf. weitere Zwischennutzung als Wagenplatz unterzogen. In dessen Ergebnis wurden Flächen als potenziell, teilweise auch für eine dauerhafte Nutzung nach Überplanung, geeignet eingestuft.

Bei privaten Flächen hat das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft die Flächeneigentümer angeschrieben, mit der Anfrage, ob diese einer temporären Nutzung ihres Grundstücks offen gegenüberstehen und einer Freigabe ihrer Kontaktdaten an die Interessengruppe zustimmen. Bisher konnte ein Kontakt vermittelt werden.

Eine Rückmeldung durch die Interessengemeinschaft „Wie Was Wagen“ e.V. (i.G.) dazu liegt nicht vor.

Weitere drei Standorte wurden durch den Ortsbeirat Evershagen vorgeschlagen. Favorisiert wurde und geprüft werden sollte der Standort „Sportplatz Jägerbäk“. Eine Abfrage der Ämter zum Standort ist erfolgt; eine Entscheidung muss aber in Abwägung mit allen in Frage kommenden Standorten und den sonstigen Belangen für diesen Standort getroffen werden.

Derzeit ermittelt die Verwaltung weitere Flächen, insbesondere im Eigentum der Hansestadt Rostock, auf denen es möglich ist, durch die Schaffung von Baurecht über einen Bebauungsplan die rechtlichen Grundlagen für einen langfristigen Standort zu schaffen.

Dabei muss beachtet werden, dass die Standortsuche aufgrund der besonderen Typik der Bauwagensiedlungen und deren diffuser baurechtlicher Stellung neben den planerischen Überlegungen eine besonders hohe Akzeptanz aller Beteiligten braucht.

Beabsichtigt ist, die Standortsuche im 1. Halbjahr 2015 abzuschließen und dann in die planerische Vorbereitung einschließlich einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zu gehen.

Roland Methling